



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

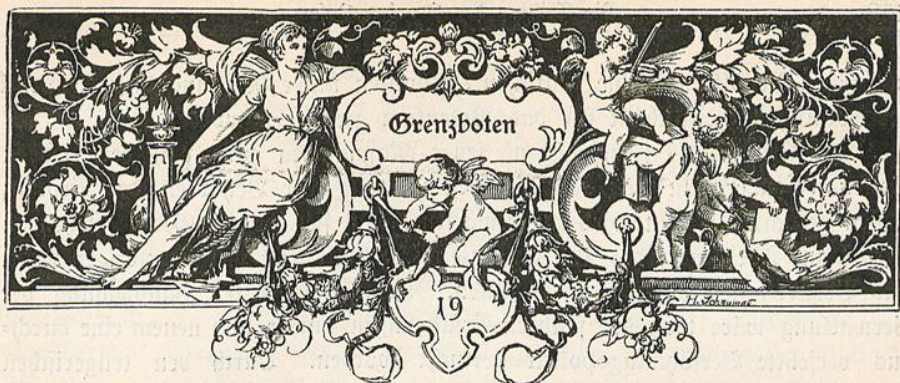
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Teilung der Provinz Posen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Teilung der Provinz Posen



er im Herbst des vorigen Jahres in Dpaleniza vorgefallne, als Landfriedensbruch behandelte Krawall und das ganz ausgesprochen deutschfeindliche Verhalten des Propstes Szadzynski aus Witaszyce haben die Polenfrage auch für die ihr ferner stehenden Kreise wieder in den Vordergrund gerückt. Im Anschlusse besonders an den erstern Vorfall wurden in der Tagespresse neben Angriffen auf die vermeintlich schlaffe Haltung der Regierung wie immer bei derartigen außergewöhnlichen Anlässen Reformvorschläge gebracht, die die Übergriffe des Polentums niederdrücken und das in letzter Zeit so stark zurückgebrängte Deutschtum schützen und fördern sollen. Von den in dieser Frage schon immer gegebenen billigen Ratschlägen hat die brauchbaren die Regierung schon längst, am entschiedensten wohl unter Bismarck, benutzt, sobald sie einen sichern Erfolg erwarten ließen. Die von den andern Provinzen abweichende Organisation des Staats- und Kommunalverwaltungswesens, die besondere Gestaltung des Volksschulunterrichts, die Gewährung von Stipendien an Studierende deutscher Nationalität unter der Bedingung des spätern Verbleibens in der Provinz Posen, die Einstellung einer großen Zahl polnischer Rekruten in die außerhalb der Provinz Posen liegenden Regimenter, die Ansiedlung deutscher Bauern auf den aus polnischen Händen erworbenen Landgütern durch die königliche Ansiedlungskommission und dergleichen mehr — das alles sind Einrichtungen, die durch die staatsfeindliche Haltung der Polen hervorgerufen zur Germanisierung der dortigen Bevölkerung und zum Schutze des Deutschtums in der Provinz Posen getroffen worden sind. Der Erfolg war freilich bei weitem nicht der gewünschte; denn das Polentum ist trotz alledem in stetem Wachsen begriffen, weil, abgesehen von der Vermehrung und von dem Zuzug der

polnischen Bevölkerung, die deutschen Katholiken unter dem unablässigen Druck der polnischen Geistlichkeit für das Polentum gewonnen worden sind.

Die Ursache des Fehlschlagens jener Maßnahmen wird von verschiedenen Seiten besonders in der schwankenden Haltung der Behörden der Provinz Posen gesucht. Diesen wird vorgeworfen, daß sie die zu Gebote stehenden Mittel zur Förderung des Deutschtums wiederholt nicht mit der nötigen Kraft und Beharrlichkeit durchgeführt hätten. Statt einer festen Handhabung der Verwaltung wäre trotz der frühern Erfahrungen immer von neuem eine durchaus verfehlte Versöhnungspolitik versucht worden. Durch den trügerischen Schein der polnischen Friedensversicherungen hätte man sich immer wieder blenden und infolge dessen auf das Gejammer der Polen über Vergewaltigung und Bedrückung eine unangebrachte Nachgiebigkeit bei der Ausführung der einschlägigen Bestimmungen walten lassen. Dabei hätten diese Versöhnungspolitik und eine straffere Führung der Zügel fortwährend gewechselt und sich immer wieder einander abgelöst, sodaß man schon deswegen auf dem halben Wege des Erfolgs hätte stehen bleiben müssen. Es sei nun nicht nur nichts erreicht worden, sondern die dortige deutsche Bevölkerung habe dadurch ihren Halt an der Regierung verloren und sei, um ihre wirtschaftliche Existenz zu retten, den auf sie eindringenden polnischen Bestrebungen erlegen. So hätten die Polen das Deutschtum in der Provinz Posen zurückgedrängt und selbst die Oberhand gewonnen.

Allerdings wird von dieser Seite zugeben und anerkannt, daß die leitenden Posener Regierungsorgane in ihren Entschlüssen nicht immer unbeeinflusst gewesen sind, daß sie bei der vollständigen Verquickung der nationalen Frage mit der gesamten Staatspolitik die Stimmung in Berlin und die Einwirkung der polnischen Fraktion im Reichstage und im Abgeordnetenhaus zu berücksichtigen gehabt haben. Das ist umso mehr der Fall gewesen, als das Polentum von der Zentrumspartei in allen nationalen Fragen unterstützt worden ist, seit den Polen die Begriffe „polnisch“ und „katholisch“ im wesentlichen für eins gelten. Die Schuld trifft also nicht eigentlich die Personen, sondern, insofern die polnische Nation in der Provinz Posen die Mehrheit in der Bevölkerungszahl und ihr Hauptquartier hat, die Einrichtungen. Man will daher die posenschen Zentralbehörden, die sich eben dieser Einwirkung nicht entziehen können, aufheben, also die Provinz Posen als solche auflösen und ihr Gebiet andern deutschen Provinzen einverleiben, um so dem Polentum einen Schlag zu versetzen, der geeignet wäre, seinen Bestrebungen am schnellsten ein Ende zu machen.*)

Der Vorschlag hat auf den ersten Blick etwas verlockendes. Auch ist er nicht neu und soll schon zu Bismarcks Zeiten in Erwägung gezogen worden

*) Vergl. die kölnische Zeitung vom 28. September v. J., Nr. 860.

sein. Da auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens, auf denen die Bevölkerung in der Organisation und Verwaltung teilnimmt, von den Polen alles im national-polnischen Interesse behandelt und, so wenig auch eine An gelegenheit damit zusammenhängen mag, mit der Polenfrage verquickt wird, so sind die Polen immer mehr bemüht gewesen, die polnischen Bestrebungen in jede Körperschaft hineinzutragen. Selbst bei den Wahlen für rein wirtschaftliche Einrichtungen, wie den Provinziallandtag und die Landschaft, handelt es sich für sie nicht um die Tüchtigkeit, sondern vor allem um die Nationalität des Kandidaten. Wenn es den Polen nicht gelingt, in einer Körperschaft die Mehrheit zu erreichen, so streben sie doch unausgesetzt darnach, einen wenn auch nur geringen Einfluß nationaler Art auszuüben und besonders zu betonen. Diese fortwährende Betonung der polnischen Interessen ist wohl in jeder Körperschaft der Provinz Posen vorhanden. Bei der großen Bevölkerungszahl der Polen in Posen, die sich etwa auf 1 057 413 von 1 751 642 Bewohnern beläuft,*) ist es deshalb unvermeidlich, daß auch die leitenden Organe der Staatsregierung zu Zeiten diesem Umstande Rechnung zu tragen haben, weil sie sich doch nicht mit der Mehrzahl der Bevölkerung fortwährend in Widerspruch setzen können. Wenn nun die posenschen Gebietssteile andern Provinzen einverleibt würden, so wäre gewiß die Aussicht vorhanden, daß die Polen dann infolge ihrer Minderzahl in den Körperschaften nicht entfernt die Einwirkung ausüben könnten, die sie den posenschen Behörden gegenüber tatsächlich erreicht haben. Es würde, wenn die Teilung der Provinz stattgefunden hätte, in den andern Provinzen mit den Polen nicht mehr als mit einer den Gang der Geschäfte beeinflussenden Partei gerechnet werden. Damit würde natürlich auch die Opposition der Polen gegen die Durchführung der zur Bekämpfung ihrer Bestrebungen auf dem Verwaltungswege vorhandenen Maßnahmen ihren Erfolg verlieren. Die Parlamentsreden der polnischen Fraktion über die Vergewaltigung und Bedrückung ihrer Nation hätten dann keine andre Bedeutung mehr als die von sentimentalischen Herzensergüssen. Es würden also ähnliche Zustände entstehen wie in Oberschlesien und Westpreußen, wo das Polentum an sich zwar eifrig agitirt, aber keine maßgebende Einwirkung auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten erreicht.

Einer solchen Teilung der Provinz Posen steht nun erstens die Unmöglichkeit im Wege, die posenschen Gebietssteile deutschen Provinzen zu dem beabsichtigten Zwecke zuzuschlagen. Der geographischen Lage Posens wegen können nur die Provinzen Brandenburg, Schlesien und Westpreußen in Betracht

*) Nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1890. Da sich die Bevölkerung der Provinz bis zur Volkszählung am 2. Dezember 1895, deren Material noch nicht vollständig verarbeitet ist, nur um 4,37 Prozent vermehrt hat, dürften die in dem vorliegenden Artikel angeführten Zahlen auch heute noch zutreffen.

kommen. In den beiden letzten sind aber die Polen schon stark vertreten. So hat Schlesien unter 4224458 Bewohnern 1016241 Polen, Westpreußen unter 1433681 Bewohnern 448235 Polen. Nur die polnische Bevölkerung der Provinz Brandenburg kommt nicht in Betracht, aber die deutsche Bevölkerung der Provinz Posen bewohnt vorwiegend die Gebiete, die infolge ihrer Lage zu Brandenburg geschlagen werden müßten. Es würde also ein reichliches Drittel der 1057413 polnischen Bewohner Posens mit einem knappen Drittel der 694229 deutschen Bewohner je an Schlesien und Westpreußen fallen. Wenn auch dadurch in Schlesien die Stärkung des Polentums nicht übermäßig groß werden würde, so wäre doch dieser Zuwachs immerhin unerwünscht, weil die dortige polnische Bevölkerung ganz überwiegend, nämlich 950452 von 1016141, in einem einzigen Gebiete, dem Regierungsbezirk Oppeln, wohnt, dessen Gesamtbevölkerung nur 1577731 Personen zählt, sodaß diese Gegend ein durchaus polnisches Gebiet bildet. Der schon jetzt stark polnische Teil Schlesiens würde den Zuwachs als nächsten Nachbarn erhalten, mit dem ihn dann sämtliche Interessen, auch die kommunalen und wirtschaftlichen, aufs engste verbinden würden. Überall harmonirt der in Schlesien zahlreich vertretene Ultramontanismus mit dem Polentum. Noch weit ungünstiger würden sich die Verhältnisse in Westpreußen gestalten. Dort sind heute die Polen in der Minderheit, da sie noch nicht den dritten Teil der gesamten Bevölkerung ausmachen. Sie bewohnen zwar überwiegend den Regierungsbezirk Marienwerder mit 333206 Personen, doch beläuft sich dessen Gesamtbevölkerung auf 844505 Bewohner, sodaß auch hier die deutsche Bevölkerung bedeutend überwiegt. Durch den Zuwachs dagegen würde sich die Zahl der Polen fast verdoppeln und bis zur Hälfte der gesamten Bevölkerung anwachsen. Das Polentum könnte also auch in Westpreußen leicht zur Mehrheit gelangen, und es wären dann dieselben Zustände zu erwarten, die heute in Posen bestehen und dort beseitigt werden sollen.

Ebenso undurchführbar aber ist ein in der Post besprochener und schon dort widerlegter Vorschlag, nämlich durch Abzweigung der Niederlausitz von Brandenburg, der Oberlausitz von Schlesien und der westlichen Teile von Posen eine neue Provinz zu bilden und den Rest der Provinz Posen mit Schlesien oder Westpreußen zu vereinigen. Man geht bei diesem Vorschlag von der Annahme aus, daß sich die Provinzen mit den Armeekorpsbezirken zu decken hätten. Aus militärischen Gründen ist das aber keineswegs erforderlich, und es ist deshalb auch gar nicht immer der Fall. Überdies gehört zum Bezirke des fünften Armeekorps außer dem Regierungsbezirk Posen der Regierungsbezirk Liegnitz über die Oberlausitz hinaus, während die Niederlausitz dem Bereiche des dritten Armeekorps angehört. Der westliche Teil Posens würde nach diesem Vorschlag freilich deutschen Gebieten zugeteilt werden, aber man würde damit gerade die wesentlich deutsche Bevölkerung aus Posen heraus-

reißen und den meist polnischen Rest zurücklassen. Ob dieser dann zu Schlesien oder zu Westpreußen geschlagen würde, ist gleichgiltig. In Westpreußen würde sofort eine stattliche Mehrheit des Polentums auftreten, in Schlesien würde die polnische Bevölkerung in einem Grade gestärkt werden, daß sie auch dort weit über ihre heutige politische Bedeutung hinaus einen Machtzuwachs erzielte, der in Verbindung mit dem Zentrum sich sehr leicht zur Mehrheit oder doch wenigstens zu einem maßgebenden Einfluß entwickeln könnte. Selbst wenn der Rest von Posen an beide Provinzen, Schlesien und Westpreußen, verteilt werden sollte, würde der polnische Zuwachs doch in bedenklicher Weise zunehmen und die Machtstellung des Polentums in den Gegenden, wo die Polen jetzt eine geringe Rolle spielen, bedeutend fördern. Man würde mindestens mit einer einflußreichen polnischen Minderheit zu rechnen haben.

Ganz ohne Einwirkung aber würde die Auflösung der Provinz Posen auf die Bestrebungen der polnisch-katholischen Geistlichkeit bleiben. Sie ist der stärkste Hort des Polentums, sie bekämpft die wichtigsten Maßnahmen der Staatsregierung mit dem höchsten Eifer und leider auch mit dem besten Erfolg und drängt überdies die deutschen Katholiken zum Übertritt ins polnische Lager. Wie nur der Ultramontane dem katholischen Klerus als rechter Katholik gilt, so sieht der polnische Propst nur in dem Polen den gläubigen Katholiken. Bei dem gewaltigen Einfluß der Geistlichkeit auf die Bevölkerung gelingt es daher den deutschen Katholiken nur selten und unter schweren Kämpfen, ihr Deutschtum zu bewahren. Was der Propst nicht vermocht hat, erreicht schließlich in der häufig vorkommenden Mischehe die von dem Propst fanatisirte polnische Ehefrau. Gelingt es ihr auch nicht immer bei dem Manne, so doch sicher bei den Kindern. Das zeigen die Erfahrungen nicht bloß in den untern Schichten, sondern selbst in den gebildeten Kreisen der Bevölkerung. Besonders der Kulturkampf wird von der Geistlichkeit so dargestellt, als ob es sich dabei um die Ausrottung des Katholizismus gehandelt habe. Mit meisterhaftem Geschick wird die kirchliche Frage mit der nationalen verquickt und jede Maßnahme der Regierung, die lediglich das Polentum und die polnischen Bestrebungen treffen soll, dem Volke als kirchensfeindlich hingestellt. Die Regierung, heißt es, will das Polentum vernichten und sucht ihren Zweck dadurch zu erreichen, daß sie der Bevölkerung ihre eigentlichsste Widerstandskraft, die Religion und die Sittlichkeit, entreißt. Ferner verweigert die polnische Geistlichkeit die deutsche Sprache in der Predigt und protestirt unablässig gegen sie im Schulunterricht. Das deutsch gesprochne Gebet wird sogar von Heißspornen für eine Verübung erklärt. Die Kinder sollen durch die polnische Sprache nur für das Polentum erzogen werden, damit sie später das deutsche Wesen und die deutsche Sprache als etwas fremdartiges, ihrem Wesen feindliches betrachten. Man will die deutschen Katholiken darauf hinweisen, daß, wer auf polnischem Boden leben will, die polnische Sprache sprechen und

die polnische Volksart annehmen müsse. Gelten doch der dem polnischen Klerus nahestehenden Presse die außerposenschen Landesteile des Reichs und Preußens immer nur als „Ausland.“

Diese Agitation des Klerus würde durch eine Auflösung der Provinz Posen nicht im mindesten berührt werden, da der Regierung eine wesentliche Einmischung in die kirchlichen Fragen nicht zusteht und von ihr auch nicht angebahnt werden kann. Die Überwachung der Geistlichkeit liegt den kirchlichen Behörden des Erzbistums Posen-Gnesen ob, die die polonisirenden Bestrebungen nach Möglichkeit fördern. Der Erzbischof von Posen, der noch von der polnischen Zeit her die Würde des „Primas von Polen“ bekleidet, gilt als der eigentliche Herrscher über das frühere Großherzogtum Polen. Nur in ihm sehen alle Klassen der Bevölkerung ihren Gebieter, vorausgesetzt, daß er selbst aus der polnischen Aristokratie stammt. Denn die fürstlichen Ehren, die dem Erzbischof von Stablewski erwiesen werden, sind dessen Amtsvorgänger Dinder, der als Deutscher sogar evangelischer Gesinnung verdächtigt wurde, nicht in demselben Maße erwiesen worden. Die Ehrenbezeugung gilt dem Polen und nicht dem Kirchenfürsten. Solange also der Erzbischof von Posen weiter als Primas von Polen gefeiert wird, sind die polnischen Bestrebungen des Klerus gut beschirmt und finden in ihm ihren wirkungsvollen Mittelpunkt. Der Gedanke, das Erzbistum Posen-Gnesen aufzulösen, um den Primas und seine Macht zu stürzen, ist wohl noch nie im Ernste erwogen worden. Er hat auch gar keine Aussicht auf Erfolg, weil die Zustimmung des Papstes einfach ausgeschlossen ist. In Rom ist man den Polen aus vollem Herzen geneigt; sie sind gute Katholiken, und gerade der Erzbischof von Posen ist ein eifriger Förderer des Katholizismus, sodaß man seine Wirksamkeit um kein Haar breit schmälern möchte. Auch ist es immerhin fraglich, ob die Beseitigung des Primas schließlich einen Erfolg haben würde, der einer Teilung der Provinz Posen auf dem verwaltungspolitischen Gebiete annähernd gleichkäme. Man würde zwar den Polen ihren idealen König nehmen und der Zusammenfassung der klerikalen Bestrebungen zunächst die Spitze abbrechen, aber viel mehr würde man nicht erreichen. Die Agitation der polnischen Geistlichkeit gedeiht auch in Oberschlesien und Westpreußen. Wenn diese Gebiete jetzt auch mit Posen ihre Verbindung haben, sie brauchen diese Verbindung nicht gerade und werden nötigenfalls einen neuen Sammelpunkt zu finden wissen, in welchem Bistum auch die Polen wohnen mögen; denn katholisch heißt eben polnisch.

Endlich müßte aber auch bei einer Teilung der Provinz Posen die im Interesse des Deutschtums geschaffne abweichende Organisation der polizeilichen und kommunalen Verwaltung aufgegeben werden. Jetzt ist in Posen die deutsche Bevölkerung, auch wo sie in der Minderzahl ist, durch die besondern Bestimmungen der Provinzial- und Kreisordnung wie durch deren Anwendung vor

einer Majorisierung durch die Polen geschützt. Dies würde sich aber ändern, sowie der Rechtszustand der andern Provinzen auf die dazu geschlagenen posenschen Gebiete ausgedehnt wäre. In mehreren Gegenden Posens ist der Großgrundbesitz, der in dieser Frage die größte Wichtigkeit hat, meist in polnischen Händen, wir hätten also in vielen Landkreisen eine polnische Kreisvertretung und als Ortspolizeibehörde eine große Zahl polnischer Amtsvorsteher zu gewärtigen, wie wir schon heute in den Kleinstädten und Landgemeinden mit gemischter Bevölkerung meist einen polnischen Bürgermeister und Schulzen haben. Auch könnte sich auf das Verwaltungswesen der teilweise völlig polonisierten Landstädte, wie z. B. Schrodas, das in dieser Hinsicht berüchtigt ist, noch ein weiterer Einfluß äußern, den ein polnischer Kreisausschuß als Aufsichtsbehörde der städtischen Verwaltung ausüben würde. Mit einem Wort: es würde eine Polonisierung der lokalen Verwaltung zu Ungunsten der deutschen Bevölkerung eintreten. Das bedeutet aber bei den heutigen Verhältnissen eine weitere Eindämmung des Deutschtums. Wenn diesen Erwägungen gegenüber auf Oberschlesien und Westpreußen hingewiesen wird, wo die Organisation der polizeilichen und kommunalen Verwaltung keine Abweichung erfahren hat, so ist doch zu beachten, daß der Großgrundbesitz und die Großindustrie dort überwiegend in deutschen Händen sind, und daß durch ihren Einfluß eine Gefährdung der deutschen Interessen in öffentlichen Angelegenheiten erfolgreich fern gehalten wird.

Bisweilen wird als Grund gegen eine Teilung Posens noch die Schwierigkeit angeführt, die bei der reichen Entwicklung und der mannichfachen Gestaltung des provinziellen Gemeinwesens die Bildung neuer Provinzialverbände und die Vermögensauseinandersetzung bieten würden. Ein Ausschlag gebendes Gewicht könnte aber diese Frage auf keinen Fall haben, wenn die Auflösung der Provinz sonst einen Erfolg verspräche. So schwierig auch die Bildung neuer, nicht auf den geschichtlichen Verhältnissen beruhender kommunaler Körperschaften ist, so ist es doch nicht unmöglich, solche Gebilde zu schaffen und Gebiete, die wirtschaftlich einstweilen nicht zusammenhängen, zu einem alle sonstigen Interessen vereinigenden Ganzen zu verbinden.

Aus allem geht hervor, daß der von einer Teilung der Provinz Posen erwartete Vorteil auf keinen Fall eintreten würde, die Auflösung würde sich als völlig verfehlt erweisen und würde die Mühen und Kosten nicht lohnen.

Man wird nun geneigt sein, da das Polentum die deutsche Bevölkerung immer mehr zurückgedrängt hat, den Wert der von den Behörden bis jetzt zur Ausführung gebrachten Mittel in Zweifel zu ziehen. Aber die gegenwärtige Lage in Posen ist nicht durch die Untauglichkeit der bisherigen Maßnahmen, sondern nur dadurch verschuldet worden, daß man, ganz abgesehen von der immer wieder versuchten Versöhnungspolitik, den Gang der allgemeinen Staatspolitik auf die Behandlung der Polenfrage hat einwirken lassen. Das

ist der eigentliche Übelstand. Käme man, wie zu Zeiten Bismarcks, an den maßgebenden Stellen zu dem festen Entschlusse, die polnischen Bestrebungen ohne jede Rücksicht auf die Strömungen der Tagespolitik thatsächlich zu bekämpfen und das Deutschtum auf jeden Fall zu stützen und zu fördern, so würde der Erfolg auch sicher nicht ausbleiben. Die berechtigten Forderungen des Polentums brauchten dabei keineswegs verletzt zu werden, aber die geringste Nachgiebigkeit belebt die polnische Agitation immer wieder aufs neue. Es kommt auch hier wieder der alte englische Grundsatz zu seinem Rechte: *men, no measures.*



Die Stellung der Bezirkskommandeure und Bezirksoffiziere



ie Bezirkskommandeure sind in Preußen bekanntlich aus den vor der Reorganisation des Heeres im Jahre 1860 bestehenden Landwehrebataillonskommandeuren hervorgegangen, und dieser Ursprung mag dazu mitgewirkt haben, ihre Stellung nicht über diese emporkommen zu lassen. Jahrzehnte hindurch konnte sie sich aus ihrem büreaukratischen Zusammenhang mit den an den Bataillonsstab anknüpfenden Anschauungen nicht lösen, obgleich der Dienst ein gänzlich anderer war. *) Nun sind seit Begründung der Bezirkskommandos fast vierzig Jahre verflossen, ihr Dienst hat an Umfang, Bedeutung und Verantwortlichkeit zugenommen, aber wenn auch der Bataillonszopf endlich abfiel, so ist doch die Stellung der Kommandeure unverändert geblieben. Es dürfte deshalb zeitgemäß sein, die hier obwaltenden Verhältnisse einmal näher zu prüfen.

Die Landwehrebataillonskommandeure waren in erster Linie Truppenbefehlshaber und als solche berufen, das Landwehrebataillon ihres Bezirks im Krieg und bei allen Friedensübungen zu führen. Sie gehörten dem aktiven Dienststande an und mußten nicht allein allen Anforderungen an Felddienstfähigkeit vollkommen entsprechen, sondern auch zu weiterem Aufrücken geeignet sein. Die mit dem Kontroll- und Ersatzwesen, mit der Mobilmachung usw. verbundenen Arbeiten waren vergleichsweise nebensächlich und erforderten keine große Thätigkeit.

Die Bezirkskommandeure dagegen hörten völlig auf, Truppenoffiziere zu

*) Zuerst wurden sie bezeichnet als Kommandeure des nten Bataillons nten Landwehrregiments, dann des Landwehrebataillonsbezirks N, zuletzt des Landwehrbezirks N.